

Einleitung

Die NSDAP erfuhr schon vor der an Adolf Hitler erfolgten Machtübergabe eine breite Unterstützung in Staat und Wirtschaft. Dies offenbarte die Eingabe von circa 20 Großindustriellen und Vertretern der Finanzwirtschaft an den damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg. In diesem Text von November 1932 verweisen die Industriellen auf die Gefahren wegen der Weltwirtschaftskrise und auf Spannungen wegen des »Klassengegensatzes« und erhoffen sich eine Beruhigung des Volkes, wenn die größte nationale »Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird«. Die Kräfte, die dem Faschismus in die Regierung halfen und ihn dort hielten, sind heute noch einflussreich. Der Satz »Diese Verbrechen waren möglich« heißt auch: »Sie sind immer noch möglich.« Das hier vorliegende Buch will darüber und damit auch dagegen aufklären.

Zu den weithin unbekanntenen Seiten gehören die Morde und weiteren Verbrechen, die von Faschisten noch bis in die letzten Augenblicke ihrer Macht begangen wurden. Die Versklavung von vielen Millionen Menschen, der »Ostarbeiter« und »Fremdarbeiter«, gehörte zu den schwersten Verbrechen gegen die Menschheit, wie das alliierte Kriegsverbrechertribunal von Nürnberg 1945 feststellte.

Am 27. Januar 2014 sagte der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert bei der Gedenkstunde im Bundestag über den Krieg gegen die Sowjetunion: »Der rassenideologische Raub- und Vernichtungskrieg, dessen erklärter Zweck die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen war, bediente sich einer weiteren Waffe: des Hungers. Sie erwies sich dort am brutalsten, wo es kein Entkommen gab: im eingeschlossenen Leningrad und in den Kriegsgefangenen-

lagern. Mehr als die Hälfte aller sowjetischen Kriegsgefangenen, über drei Millionen Menschen, sind in deutschem Gewahrsam elendig zugrunde gegangen.« Es ist hinzuzufügen: Sie sind durch Arbeit und Hunger vernichtet worden. Und die Überlebenden wurden als Zwangsarbeiter nie entschädigt.

Die Opferorganisation KONTAKTE-KOHTAKTbI e. V. erklärte zu der denkwürdigen Rede vom 27. Januar 2014: »Parteifreunde des Bundestagspräsidenten blockieren seit sieben Jahren unsere Petition, mit der wir die Anerkennung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener als NS-Opfer forderten. Die CDU/CSU lehnte auch einen entsprechenden interfraktionellen Antrag der SPD und Grünen ab. So haben wir jetzt eine öffentliche Petition auf den Weg gebracht, denn seit Kriegsende gibt es eine Schlussstrichdebatte zur deutschen Verantwortung gegenüber NS-Opfern. Wir hoffen auf Unterstützung des Bürger-Engagements für ›vergessene‹ NS-Opfer.«

Dieses Bürgerengagement gab es bereits in gewissem, aber nicht ausreichendem Maße, als es darum ging, die Zwangsarbeiterentschädigung durchzusetzen. Davon soll dies Buch berichten am Beispiel der südwestfälischen Stadt Lüdenscheid im Märkischen Kreis/Nordrhein-Westfalen. Pars pro toto. Es soll aber auch deutlich machen, wie viel noch zu tun ist.

Im September 1943 geschah auf der griechischen Insel Kephallonia ein furchtbares Verbrechen. Auf dieser Insel waren Tausende italienische Soldaten stationiert, die sich weigerten, sich den deutschen Truppen zu unterwerfen, wie es viele ihrer Kameraden auf dem Festland taten. Italien hatte Deutschland die Gefolgschaft aufgekündigt. Deutschland bestrafte die »Abtrünnigen« grausam, Deutsche erschossen über 5.000 von ihnen auf Kephallonia. Die Deutschen verschleppten Hunderttausende Italiener zur Zwangsarbeit in Deutschland, raubten ihnen den völkerrechtlichen Status als Kriegsgefangene, nannten sie IMIs, Italienische Militärinternierte. Als 70 Jahre später der deutsche Staat und deutsche Wirtschaftsverbände sich endlich zu einer bescheidenen Entschädigung der überlebenden Zwangsarbeiter bereitfanden, da zahlte man nur an ehemalige Zivilgefangene, nicht an Kriegsgefangene. Denn das Geld der Anfang August 2000 ge-

gründeten Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ) reichte nicht für alle Zwangsarbeiter, und so schloss man die Kriegsgefangenen aus. Da Hitler die italienischen Kriegsgefangenen ausdrücklich zu zivilen Zwangsarbeitern gemacht hatte, hieß es in einem Gefälligkeitsgutachten für die Bundesregierung, erstellt vom Berliner Juristen Prof. Christian Tomuschat: Hitler habe das nicht gedurft und die IMIs seien dennoch Kriegsgefangene geblieben und somit von der Zahlung auszuschließen.

In anderen Fällen hielt man sich genau an Hitlers Anweisungen. Er hatte alle SS-Leute nichtdeutscher Nationalität zu deutschen Staatsbürgern gemacht, und so zahlen wir bis heute an die überlebenden Verbrecher Renten aus – an jene in der Ukraine, auf dem Baltikum, auch in den Niederlanden. Wer z. B. von der niederländischen SS später in die BRD kam, der blieb auch von Bestrafung verschont. Hier im Lande kam es ja kaum zu Verurteilungen und in die Niederlande oder anderes Ausland darf kein deutscher Staatsbürger ausgeliefert werden.

Eine Schlussstrichpolitik wird nicht von allen Wirtschaftsvertretern unterstützt. So auch nicht von Freiherr Dr. von Fürstenwerth. Er vertritt im Stiftungskuratorium der EVZ die Wirtschaft. Sein Stellvertreter ist Botschafter a. D. Wolfgang Ischinger. Dieser verfocht und verfiht die Interessen der Rüstungswirtschaft, zum Beispiel auch als Veranstalter der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz. Offenbar haben Leute wie Ischinger das letzte Wort und nicht der Freiherr. Dennoch sei auf dessen Worte verwiesen. Diese waren sensationell, aber leider wohl folgenlos. Sie spiegelten sich in wenigen Medien am Montag, dem 28. Juni 2010, wider: Unter der Überschrift »Chef des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft ruft zu erneuter Initiative für überlebende NS-Verfolgte auf« berichtete die »Süddeutsche Zeitung«: »Der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth, der zugleich Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung und geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. ist, hat anlässlich des Festaktes zum zehnjährigen Bestehen

der Stiftung ›Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‹ eine viel beachtete Rede gehalten.« Dr. von Fürstenwerth führte u. a. aus: »Meine große Sorge ist aber, dass all das Erreichte gefährdet ist, wenn es nicht gelingt, in gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik den letzten Überlebenden der Shoah, den letzten Überlebenden von KZ-Haft und anderen unmenschlichen Verbrechen es zu ermöglichen, ihre letzten Lebensjahre in Würde zu verbringen. Und wir müssen dies schnell tun. Das Zeitfenster, ein letztes Mal die Not der Überlebenden zu lindern, ihnen ein letztes Mal ein kleines Stück mehr an Gerechtigkeit zukommen zu lassen, ist sehr, sehr eng. (...) Warum sollte uns angesichts der aktuellen Not vieler Opfer nicht noch einmal solch ein gemeinsames Einstehen für unsere historische Verantwortung gelingen? Wir brauchen eine neue Initiative, eine zusätzliche finanzielle Anstrengung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, ein solches Projekt zu stemmen; auf freiwilliger Basis, aufgrund unserer inneren Überzeugung, Verantwortung zu übernehmen. Die Stiftung kann dies aus den ihr verbliebenen Mitteln nicht leisten, aber sie könnte, aufbauend auf ihren jetzigen Programmen, später bei der Umsetzung helfen.«

Dazu wurde von einem Stiftungsmitglied angemerkt: »Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e. V., dem auch die VVN-BdA angehört, unterstützt Herrn Dr. von Fürstenwerth nachdrücklich in seinen Bemühungen, den Überlebenden des Nazi-Terrors ein älter werden in Würde zu ermöglichen und wird alles in seiner Macht stehende dafür tun, dass diese Initiative schnell erfolgreich ist.« Bisher war sie es nicht.

Noch einen Blick zurück. Ich gehörte vor über 15 Jahren zur Verhandlungs- und Aktionsgruppe der Opferverbände, als es um die Entschädigungsfrage ging. Ulla Jelpke, MdB der PDS, heute der Partei Die Linke, die noch heute dem Stiftungskuratorium angehört, schrieb mir damals nach Abschluss der Gesetzgebung zur Zwangsarbeiterentschädigung, es war der 30. Mai 2001: »Es ist mir in diesem Augenblick ein persönliches Bedürfnis, mich bei allen Freundinnen und Freunden, bei allen Mitkämpferinnen und Mitkämpfern zu bedanken, ohne deren langen und beharrlichen Einsatz wir nie so weit gekom-

men wären. Ich nenne hier – stellvertretend für viele – Alfred Hausser und seine Mitstreiter/innen in der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Kurt Goldstein vom Auschwitz-Komitee, Ulrich Sander und andere in der VVN, Hans-Jochen Vogel und den Verein gegen das Vergessen, Lothar Evers, Andreas Plake und die Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln, Dr. Karl Brozik von der Jewish Claims Conference, Bartosz Jalowiecki von der polnischen Partnerstiftung, Jiri Sitler aus der Tschechischen Republik.« Weiter schrieb Ulla Jelpke: »Trotzdem werden am Ende viele Überlebende vermutlich überhaupt kein Geld erhalten. Weil sie keine Belege finden und auch keine Zeugen mehr da sind. Weil sie nicht deportiert wurden, das Gesetz aber Deportation verlangt, damit überhaupt eine Zahlung erfolgt. Oder weil sie irgendwo in dem bürokratischen Prozess der Antragstellung, Nachweisbeschaffung usw. nicht mehr weiter kommen. Ihnen allen schulden wir es, weiter zu kämpfen. Einen Schlussstrich darf es nicht geben. Weder finanziell, noch moralisch, noch politisch.«

Wurde entsprechend den Mahnungen Ulla Jelpkes und Dr. von Fürstenwerths gehandelt?

Ab dem Jahr 2000 bemühten sich Hunderte von Historikern, Publizisten und Archivaren darum, den Überlebenden der Zwangsarbeit die Nachweise zu ermöglichen, damit sie zu ihrem Geld kommen konnten. Sie engagierten sich in der im Januar 2001 gegründeten Mailing-Liste NS-Zwangsarbeit. Diese hat sich im Laufe der Jahre zu einem mahnenden Aufklärer über die Verbrechen der Wirtschaft 1933 bis 1945 entwickelt. Bei der Gründung war noch die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg 1941 bis 1945« in aller Munde. Diese Wehrmachtsausstellung hat sehr verdienstvoll die Zahl der Aufklärungsaktionen und Fachkongresse der verschiedenen Branchen und Berufsgruppen ergänzt. Die Unternehmerschaft hat bisher noch nichts Derartiges zustande gebracht. Ihr Anteil an den Nazi-Verbrechen ist nur lückenhaft erforscht. Ignatz Bubis (1927 – 1999), kritisierte als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, dass die NS-Täterschaft deutscher Unternehmer noch nicht aufgearbeitet sei.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, die dieses Buch herausgibt, ist eine antifaschistische und antimilitaristische Gemeinschaft kämpferischer und solidarischer Menschen. Wir versuchen, das Erbe der antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer zu bewahren, und die Solidarität mit den Opfern ist uns Verpflichtung. Dazu gehört, die Forderung von Ignatz Bubis zu erfüllen. Dieser war selbst Unternehmer und er deutete seine Initiative sicher nicht als Antikapitalismus. Das ist auch nicht notwendig. Auch ich betone in Lesungen aus unserem Buch »Von Arierisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft« immer wieder: »Der Kapitalismus muss nicht zum Faschismus führen«, – ich füge dann hinzu: »... aber bei uns ist es geschehen und es kann wieder geschehen, daher seien wir wachsam«.

Die Recherchen, die zu dem Buch »Von Arierisierung bis Zwangsarbeit« führten, werden gesamtdeutsch fortgesetzt. So entsteht eine Anklageschrift gegen einen Personenkreis, aus dem damals die mächtigsten Förderer und Nutznießer von Faschismus und Krieg hervorgingen.

In vielen Städten haben Antifaschistinnen und Antifaschisten bereits Mahntafeln an Stätten erkämpft, an denen Täter aus den ökonomischen Eliten ihre Verbrechen begingen. Wir haben uns mit unserer Aktion nicht viele Freunde gemacht, schrieb eine Tageszeitung über unsere Veranstaltungs-Rallye »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 – 1945«. Ja, auch manche Stadtbere sind unzufrieden mit unseren Attacken gegen jene Unternehmer, deren Erben ja noch da sind und die man nicht vergraulen will als Arbeitgeber, Steuerzahler und Investoren. Auch die Stadt Lüdenschied stimmte nicht zu, als wir sie anschrieben, um Mahntafeln an solchen Betrieben wie Busch-Jaeger Lüdenschieder Metallwerke GmbH anzubringen, die nach 1945 zum berüchtigten Quandt-Konzern gehörten und von dem ehemaligen Goebbels-Stellvertreter Dr. rer. nat. Werner Naumann geleitet wurde, der 1982 auf einem Bauernhof im Stadtgebiet von Lüdenschied verstarb. Mein Briefwechsel mit der Stadt brachte mich auf die Idee, dieses Protokoll meiner Tätigkeit im Lüdenschieder Rathaus im Jahre 2000/2001 herauszugeben. Es soll nichts vergessen werden.

Politik, Regierungspolitik ist eine Äußerungsform und Funktion wirtschaftlicher Machtinteressen; das gilt auch für Erinnerungspolitik. Diese Machtinteressen führen weg von der Demokratie. Bewegungen gegen Bankenmacht und Industriellendiktat wie die internationale Bewegung occupy haben die Losung ausgegeben: »Ihr wollt Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.« Darüber mag man streiten, aber eins ist klar: Ohne Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, ohne Wirtschaftsdemokratie wird es auf die Dauer keine Demokratie mehr geben.

Und ohne die Einschränkung von Rüstungskonzernen und Rüstungsexporten wird es keinen Frieden geben. Die Auseinandersetzungen um den Bau von Kampfdrohnen – ein Beispiel für die gegenwärtige Expansion der deutschen Kriegswirtschaft – weisen auf die Richtung hin, in die die aggressive Außenpolitik und die Rüstungsindustrie steuern. Dieser industriellen Kriegsführung unvorstellbaren Ausmaßes stellen wir uns entgegen. So wie es KZler in dem Stollen des KZ Buchenwald/Dora-Mittelbau getan haben, wo V1- und V2-»Vergeltungs«-Waffen der Nazis gebaut und bisweilen unter großer Gefahr von den Häftlingen beschädigt wurden. V1 und V2, dies waren in jener Zeit die unbemannten Flugobjekte, wie die Kampfdrohnen auch heute genannt werden.

Unsere Veröffentlichungen dienen auch der Lösung der nie enden wollenden sozialen Aufgabe der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der Entschädigung der Opfer, heute vor allem der Überlebenden der Zwangsarbeit und ihrer Hinterbliebenen. Es gibt noch immer viele Firmen, die sich an der Entschädigung nicht beteiligt haben und noch immer vom damaligen Sklavensystem profitieren. Auch sie klagen wir an. Wir sagen weiterhin: Übernehmt endlich Verantwortung, entschädigt die Opfer, bestraft die Täter.

Ich lege hiermit mein Protokoll der Lüdenscheider Zwangsarbeiter-Recherche vor. Es kann sein, dass die von mir gewählte Tagebuchform dieses Textes für die heutigen Lesegewohnheiten ungewohnt ist. Daher zur Erläuterung einige Bemerkungen zu den Personen, mit denen ich es direkt oder indirekt zu tun hatte.

Es waren dies:

- Georg Bückle, Ruhrkohle-Bergbaubetriebsrat, Gewerkschafter und Leiter der Naturfreunde-Kinderorganisation, der zum Boykott der Lüdenscheider Firma Siku (Sieper-Werke GmbH) und Haribo aufrief, weil diese nicht für die Zwangsarbeiterentschädigung zahlten.
- Alfred Hausser, Gründer der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime und Mitbegründer des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte, Ehrenpräsident der VVN-BdA. Er hatte sich schon seit Anfang der 80er Jahre des Problems der Entschädigung von Zwangsarbeitern angenommen, war bei Bosch selbst Zwangsarbeiter und hat am antifaschistischen Widerstand teilgenommen.
- Albert Hoffmann, NSDAP-Gauleiter Westfalen-Süd und Fabrikant, vermutlicher Anstifter zum Mord an den Gefangenen, in jedem Fall aber verantwortlich für die Verhaftung von 120 Montenegrinerinnen. Veranlasste die Tötung von alliierten Kriegsgefangenen per Lynchjustiz. blieb juristisch unbehelligt und ging als schweizerischer, von Wehrwirtschaftsführern beschenkter Mann nach Bremen.
- Bolko Hoffmann, sein Sohn, erbte das Vermögen seines Vaters Albert Hoffmann und bezahlt damit die rechtslastige Propaganda zahlreicher AfD-ähnlicher Gruppen.
- Dieter Hohaus (Bündnis 90/Die Grünen) aus Lüdenscheid, verdienstvoller Hobby-Heimatsforscher.
- Familie Kuhbier, deren Firma aus (Hagen-)Rummenohl heute zu Thyssen-Krupp gehört und die verschwundene Montenegriner beschäftigt hatte, über die zu reden sein wird.
- Dr. Gabriele Lotfi, Historikerin, verfasste das Buch »KZ der Gestapo« (Dissertation), fand zahlreiche ehemalige gemeinsame Arbeits-erziehungslager der Gestapo und der Wirtschaft.
- Dr. Werner Naumann, stellvertretender NSDAP-Propagandaminister, nach dem Krieg Anführer faschistischer Verschwörungen, Mitbegründer der Sozialistischen Reichspartei und Unterwanderer der NRW-FDP. Leiter einer Lüdenscheider Firma aus dem Haus des Kriegsverbrechers Quandt, Begründer von Seilschaften der regionalen Wirtschaft.

- Redakteure der örtlichen Presse, die Listen der Zwangsarbeiter ausbeutenden Firmen veröffentlicht haben und auch sonst sich nicht an das Schweigegebot der Leute um den Lüdenscheider Bürgermeister Friedrich-Karl Schmidt (CDU) hielten.
- Heinz Richter, Bildender Künstler aus Lüdenscheid, Gestalter von Mahnmalen für Zwangsarbeiter und Deserteure sowie Ausstellungen über ihr Schicksal.
- Dieter Saal, Archivleiter der Stadt Lüdenscheid. Er unternahm alles ihm Mögliche, um den ehemaligen Zwangsarbeitern der Stadt die notwendigen Bescheinigungen zur Erlangung von Entschädigung zukommen zu lassen. Er handelte sich damit viel Ärger ein, so musste er seine Funktion als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Heimatvereins Lüdenscheid niederlegen, dessen Vorsitzender Bürgermeister Friedrich-Karl Schmidt war.
- Richard Sieper, Leiter der Siku-Werke (Sieper-Werke) in Lüdenscheid, des größten Spielzeugautowerks der Welt. Es hat Zwangsarbeiter ausgebeutet und ihnen bis heute ihren Lohn vorenthalten.
- Dr. Dietmar Simon (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Heimatvereins Lüdenscheid e. V., half entscheidend mit, den Heimatverein als Träger der Recherche zu positionieren und zu aktivieren.
- Friedrich-Karl Schmidt (CDU), Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid, wollte die heimische Wirtschaft vor der Zahlung von 25 bis 100 Millionen DM an die ehemaligen Zwangsarbeiter bewahren. Er war im Zuge der kommunalpolitischen Kampagne der CDU »Die Gemeinden wie die Wirtschaft führen« zum Bürgermeisteramt gelangt, nachdem der vorhergehende Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Heimatvereins Lüdenscheid e. V. sowie der gesamte Vereinsvorstand noch der Anstellung Ulrich Sanders als ABM-Kraft beim Heimatverein zugestimmt hatten. Schmidt wollte diesen Beschluss nach der Kommunalwahl im Herbst 1999 umstoßen. Er scheiterte an Dieter Saal.
- Eberhard Thomas, Leiter der Gedenkstätte (und des Stadtarchivs) in Hemer, der einiges zu den mutmaßlich ermordeten montenegrinischen Zwangsarbeitern aus dem Sterbecker Tal sagen konnte.

- Dr. Eckhard Trox, Leiter der Museen der Stadt Lüdenschied. Ihm haben die Lüdenschieder Siku-Spielwarenwerke eine Kinderspielzeug-Abteilung eingerichtet. Für die Entschädigung ihrer früheren Zwangsarbeiter hatten sie kein Geld übrig.
- Unbekannt. Einbrecher im Lüdenschieder Rathaus, um die Rechercheergebnisse zu stehlen.
- Unbekannt. Mörder einer unbekanntem Zahl von Männern aus Montenegro.
- Matthias Wagner, Studiendirektor, Autor eines wichtigen Buches über die Lüdenschieder Zwangsarbeiter, forscht bis in die Gegenwart zu diesem Thema.
- Ferner: Zahlreiche Bürger von Lüdenschied, die helfen wollten oder auch falsche Fährten legten, Amateurforscher, Kommunalpolitiker, Krankenkassenbürokraten, falsche Datenschützer und echte Förderer des Projekts und EDV-Experten.
- Vor allem Iwan, der 12-jährige russische Zwangsarbeiter, der nach Lüdenschied kam. So wie andere Iwans bis an die Westgrenze des Reiches kamen, als Sklaven, und nicht – wie die Propaganda immer behauptet hatte – als Eindringlinge. »Der Russe, der Iwan kommt!« war der Schreckensruf. Es kam aber der deutsche Fritz, der bis zur Wolga vorging, 25 Millionen Menschen ermordete, Millionen »Iwans« als Sklaven mitnahm. Möge unser Iwan einer von den überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sein, deren Zahl bei Beginn der Auszahlungen der Entschädigungen auf 2,7 Millionen geschätzt wurde.

Insbesondere wird an dieser Stelle Dieter Saal für sein Engagement für unser Projekt gedankt. Die Stadt Lüdenschied hatte Kenntnis von meiner Mitgliedschaft und meiner Funktion in der VVN-BdA und ließ verwaltungsmäßig eine Expertise erstellen, in welcher die VVN-BdA als eine zur Zeit ihrer Gründung von der DDR kommunistisch unterwanderte Gruppierung dargestellt wurde; was unsinnig ist, denn zur Zeit der Gründung 1946 existierte die DDR noch nicht. Für Dieter Saal, mit dem ich bekannt war, galt ich, ausgewiesen durch meine publizierten Veröffentlichungen auch zum Thema Zwangsarbeit, als

der einzige qualifizierte Experte, der für das Lüdenscheider Zwangsarbeiter-Projekt in Frage kam, weil ich neben Eignung auch das notwendige Engagement besaß.

An dieser Stelle will ich auch Herrn Soyk nennen und ihm danken. In seiner Eigenschaft als Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Lüdenscheid hat er sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass ich von der Bundesanstalt für Arbeit mit der Wahrnehmung dieser AB-Maßnahme betraut wurde.

Nun noch einige Zahlen:

- Wie viele haben eine (Entschädigungs-)Zahlung bekommen? Es waren ca. 1,7 Millionen Menschen.
- Wie viele IMIs und Kriegsgefangene gingen leer aus? Es waren 300.000 Kriegsgefangene und 76.000 IMIs.
- Wohlgemerkt, das sind die Zahlen, welche die bis dato Überlebenden betreffen.
- Wie viele Zwangsarbeiter gab es nach heutigen, wissenschaftlichen Schätzungen in den Jahren 1939 bis 1945? Man sagte: 13,5 Millionen, manche sagen auch: 10 bis 15 Millionen.
- Was ist der heutige Euro in DM wert? 1 Euro = 1,95583 DM. (Man rechnet heute 1 zu 2)

Mein Protokoll ist nicht übertrieben, eher das Gegenteil ist der Fall. Es legt einen kleinen Ausschnitt aus einer leider nie geschriebenen großen Anklageschrift gegen die Täter vor. Es ist den Opfern gewidmet. Es ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet. In dem bekannten Schwur der befreiten KZ-Häftlinge von Buchenwald 1945 heißt es: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Er schließt mit dem Satz: »Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Das sind wir unseren ermordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.«

Zuwanderung einst: »Haben sie gegenwärtig nicht vielerlei den Deutschen voraus? Zumeist in der Nähe der Arbeitsstätte untergebracht, in der Lagerküche vorzüglich gepflegt, gehört nach der Schicht der Feierabend ihnen. Der Werktag der Heimat sieht vielfach zurzeit anders aus.«

*Aus: »Europa arbeitet in Deutschland – Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven«, Berlin, Zentralverlag der NSDAP, 1943
(Fundort: Museen der Stadt Lüdenscheid 2001)*

Zuwanderung einst: »Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und sonst zu niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.«

Heinrich Himmler in seiner Posener Rede, 4. Oktober 1943

Zuwanderung heute: »Wir brauchen in Zukunft die Zuwanderung von Menschen, die wir haben wollen. Aber das setzt voraus, dass wir sagen, wen wir nicht haben wollen. Dazu hat die alte Bundesrepublik – aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus, die ich respektiere – nicht den Mut gefunden. Unsere Generation will sich nicht mehr derart in Haftung für unsere Vergangenheit nehmen lassen.«

Friedrich Merz, 31. März 2000, Die Woche